

die Adresse geschritten. Hr. Bernal Osborne bemerkte bei dieser Gelegenheit unter Anderm, daß er keine nachtheilige Wirkung der Bankacte von 1844 sehen könne. Hinsichtlich der angekündigten Einmischung in die Angelegenheiten der Schweiz hoffte er, daß dieselbe keinerlei Gewissenszwang begünstigen, daß sie niemals die Berechtigung der Majorität der eidgenössischen Tagsatzung in Zweifel ziehen werde, und verbreitete sich noch über Irland, für welches er gern eine Maßregel zur Erleichterung des Verkaufes überschuldeter Güter in der Eröffnungsrede angekündigt gesehen hätte. Lord George Bentinck tadelte das Verhalten der Regierung bei der Handelskrise und daß dieselbe erst, nachdem Bankrotte bis zu 15 Mill. Pf. St. in Summa eingetreten wären, die Beschränkungen der Bank aufgehoben, sowie daß sie dies in einer Art gethan habe, welche einen wucherartigen Zinsfuß aufstellte und ohne die Bewilligung des Parlaments dem Land eine neue Steuer auflegte. Aus Courtoisie habe er mit seinen Freunden am letzten Abende die Adresse mit angenommen, allein daß auf einer andern Stufe derselben die Finanzfrage zur Sprache gebracht werden müsse, erscheine ihnen unerlässlich, ohne daß sie irgendwie darüber eine Verständigung vorgenommen hätten. Daß die Freihandelsleute jetzt die Eisenbahnspeculation zum Sündenbock machen wollten, sei zwar sehr natürlich, allein nicht diese sei der Grund der Handelsbedrängnis, sondern das Aufgeben des Protectionssystems. Das Ausland kaufe jetzt mehr Baumwolle als je in Liverpool zum Nachtheile der britischen Fabriken. Auf Eisenbahnen habe man seit 1840 nicht mehr als 12 1/2 Mill. Pf. St. jährlich gewendet, und es wäre lächerlich, behaupten zu wollen, ein so reiches Land wie England könne dadurch in Verlegenheiten kommen. Zugleich verwies er auf die Begünstigung der Eisenbahnbauten durch die Continentalstaaten, die alle nur Vortheil dabei hätten. Hinsichtlich Irlands machte er die Minister für die Ruhe des Landes unter allen Umständen verantwortlich. Auf die auswärtige Politik wollte Lord George Bentinck nicht eingehen, nannte aber die Erwähnung des Vertrags mit Ecuador in der Thronrede taktlos. Daß man an Abänderung der Navigationsgesetze denke, ehe noch das Resultat der anzustellenden Ermittlungen bekannt sei, erschien ihm voreilig. Von der Einkommensteuer hoffte er, daß sie mit Ablauf der jetzigen Bewilligung wieder aufhören werde, was aber nur möglich sei, wenn man zum Schutzsysteme zurückkehre. Im Jahr 1845 habe man sich mit demselben wohl befunden, aber nachher leider Sir R. Peel's und Hr. Cobden's verlockenden Freihandelsideen Gehör geschenkt. Lord J. Russell gab in seiner Gegenrede unter Anderm über die Benutzung der Acte, welche irischen Grundbesitzern Anleihen zum Gesamtbelaufe von 1 Mill. aus Staatsmitteln zur Verbesserung ihrer Güter gestattet, die Auskunft, daß darauf hin 1 1/2 Mill. Pf. St. Darlehen verlangt und 1/2 Mill. davon bereits bewilligt sei. Eine Maßregel zur Erleichterung des Verkaufes verschuldeter Besitztungen werde nächstens eingebracht werden; desgleichen über Regulirung der Beziehungen zwischen Gutsherrn und Pächtern und über Modificationen der großen Juries in Irland. Dem Lord G. Bentinck versprach er zum 30. Nov. alle wünschenswerthen Aufschlüsse über das Verfahren der Regierung in der Geld- und Bankangelegenheit und vertheidigte zugleich den durch die Regierung bestimmten hohen Zinsfuß als die Bürgschaft, welche die der Notenausgabe zugestandene Erweiterung gefahrlos machte. Hätte man, wie der edle Lord und Andere gewollt, dasselbe bei 4 1/2 oder 3 Proc. gethan, so würde damit eine Verminderung des Vertrauens, das Gegenheil des beabsichtigten Zweckes herbeigeführt worden sein. Die protectionistische Aeußerungen desselben widerlegte der Premierminister sehr gut und führte den edlen Lord schließlich durch die Frage ad absurdum, ob er denn etwa behaupten wolle, daß es in diesem Haus oder im Land eine Klasse Staatsmänner gebe, die so veressene Protectionisten wären, daß sie noch einen Schutzzoll mit 20—30 Schill. von Weizen erheben wollten, wenn er 110 Schill. koste? Selbst unter der Acte von 1828, die Lord G. Bentinck so bewunderte, sei Weizen bei 72 Schill. nur mit 1 Schill. Zoll eingegangen. Da Lord G. Bentinck die ihm zugeschriebene Bewunderung dieser Acte nicht gelten lassen wollte, so gab ihn Lord J. Russell dem Gelächter des Hauses durch die Bemerkung preis, daß er sich dann irre und der edle Lord vielleicht für ein noch ärgeres Verbotsgesetz gestimmt sei. Uebrigens habe die größere Getreideeinfuhr auch eine vermehrte Ausfuhr von Fabrikaten mit sich gebracht. Hinsichtlich der Besteuerung und des Budgets erklärt der Premierminister, daß die Eröffnungsrede dessen Aufstellungen nach dem Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes verheißt, und daß die Minister, würde sich in einzelnen Haupteinzelheiten eine Abnahme ergeben und irgend etwas von ihnen für wesentlich zur Vertheidigung des Landes oder zu andern Zwecken Gehaltene fehlen, nicht anstehen würden, die nothwendigen Bewilligungen ohne Besorgnisse wegen der Zustimmung des Hauses zu verlangen. Nach einigen weitern Aeußerungen von Anhängern der Schutzpartei und deren Erwiderungen von der andern Seite wurde der Bericht über die Adresse schließlich votirt und deren Ueberreichung an die Königin beschlossen.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses meldete der Premierminister unter dem rauschendsten Beifalle von beiden Seiten an, daß er in den nächsten Tagen eine Bill zur Aufhebung gewisser Ausnahmen, denen die israelitischen Unterthanen der Königin unterworfen seien, ein-

bringen werde. Lord George Bentinck kündigte für den 19. Dec. einen Antrag auf ein Comité über die Lage und Zukunft von Mauritius und der westindischen Colonien an, und der Schatzkanzler gab auf eine Anfrage die Versicherung, daß unabweislich eine Maßregel über Abänderungen in den Accisabgaben vorgelegt werden würde.

Das Oberhaus hat seine Adresse gestern schon durch den Lord-Kammerherrn an die Königin nach Osbornehouse befördert. Wie der Geheimrathspräsident Lord Lansdowne im Oberhaus erklärte, werden sämtliche Maßregeln der Regierung in dieser Session im Unterhause zuerst vorgelegt werden.

Nachdem alle Berichte gemeldet haben, der Earl of Bessborough habe im Oberhause den Adressantrag unterstützt, berichtet jetzt die Times, daß es vom Lord Elphinstone geschehen und der Earl derzeit in Irland sei.

Die Times setzt Lord Stanley derb zu wegen seiner ungereimten Aufstellungen im Oberhause über die angeblichen Ursachen der Handelskrise, die er in den eingeführten 9—10 Mill. Quarter Getreide sucht, indem er darin gleichzeitig eine Widerlegung von Hr. Cobden's Behauptung zu sehen vermeinte, daß nach Aufhebung der Getreidegesetze nie zu viel Getreide werde eingeführt werden. Hat man je solche Fasel und solchen Wirrwarr gesehen, meint die Times. Da soll die Getreideeinfuhr dem Freihandel in die Schuhe geschoben werden! Zugegeben, dieser habe uns 1 Mill. mehr als außerdem gebracht, glaube Lord Stanley wirklich, daß weniger bedurft worden, daß eine geringere Zufuhr wünschenswerth gewesen? Sollte er Das, so glaube er nothwendig auch, daß zu viel Getreide im Lande, daß es zu wohlfeil sei und daß die Leute seit zwölf Monaten mehr zu essen gehabt hätten, als ihnen gut sei. Wenn aber umgekehrt diese Einfuhr eingestanden erwünscht und unvermeidlich war, so könne sie auch dem Freihandel nicht zum Nachtheil angerechnet werden.

Die Regierung hat die Colonialbehörden angewiesen, hinfüro den römisch-katholischen Prälaten die Titel zu ertheilen, auf welche sie in ihrer Kirche gerechten Anspruch zu haben schienen und dieselben „Ihro Gnaden“ anzureden. Wo jedoch der Fall wie in Irland eintritt, daß protestantische Bischöfe die von den katholischen angesprochenen Sitze inne haben, wird es bei der Benennung als sehr hochwürdiger Bischof oder hochwürdigster Erzbischof bewenden.

Der Contreadmiral Hornby hat Befehl erhalten, mit dem Linien- schiffe Asia nach Madeira abzugehen und Depeschen an die verwitwete Königin zu überbringen. Die weitere Bestimmung der Asia wird nicht angegeben. Wie ein Blatt angibt, läßt die Königin-Witwe jährlich 20,000 Pf. St. unter bei ihr Hülf suchende Personen vertheilen.

Frankreich.

Paris, 26. Nov.

Wie schon voraus gemeldet, werden die französischen Kam- mern durch eine im Moniteur veröffentlichte königl. Ordonnanz zum 28. Dec. einberufen.

Die Mittheilung der Verhandlungen des britischen Parlaments nimmt heute einen Theil des Raums der Blätter in Anspruch. Im Allgemeinen glaubt die Presse, die Session jenseit des Kanals werde eine stür- mische werden. Von der Uebergabe von Luzern wissen die Zeitungen noch nichts. Das Journal des Débats nimmt von neuem Veranlassung, die eid- genössische Regierung, in seinem Style „die radicale Majorität, welche sich federweise die eidgenössische Tagsatzung nennt“, wegen des Verhal- tens in Freiburg heftig anzusehen. Sogar der Verletzung ihres eigen- en Princip, des Princip der Volkssouverainetät, beschuldigt es die- selbe, weil sie in Freiburg nicht nach der Capitulation das Volk zusam- menberief, damit dieses das Weitere beschließen konnte. Das Journal des Débats huldigt jenem Grundsatz nicht, schilt aber die Abwei- chung davon Tyrannie und Ungerechtigkeit. Der selten polemisirende Ga- lignani's Messenger bemerkt darüber, daß es mit der Verletzung des Grundsatzes der schweizerischen Regierung seine Richtigkeit haben könne, daß diese aber aus dem Bürgerkriege nothwendig zu folgen scheint. Kei- neswegs aber könne daraus auf ihre Dauer geschlossen werden.

Man schreibt aus Paris, daß bekanntlich Lord Palmerston erst nach erklärter Abneigung auf die Conferenz über die Schweiz eingegangen sei. Seine Abneigung habe er in einem Schreiben an Hr. Guizot unter An- dern mit der Besorgnis motivirt, daß die Schweiz eines Tages das Loos von Polen erleben könne. Darauf soll Hr. Guizot so bestimmt geant- wortet haben, daß jeder Gedanke an dergleichen beseitigt werden mußte. Der preussische Gesandte in London soll sich in demselben Sinn ausge- sprochen haben.

Die Beförderung des Generalmajor Delarue zum Generallicute- nant soll nach einer Sitzung des Ministerraths verschoben worden sein. Mehrere Generallicutenants haben dagegen durch Marschall Sebastiani Ver- stellungen erhoben (Nr. 334).

Es erhält sich die Angabe, daß in den französischen Ministerien Unterstaatssecretäre angestellt werden sollen. Man gibt schon die Namen der dazu bestimmten Personen, so Hr. Magné beim Kriegs- ministerium, Hr. Meulin bei dem der Justiz und des Cultus, Hr. F.